

...Sie werden sich fragen, warum wir heute hier stehen. Gerade findet der G7-Gipfel in Hiroshima statt. 7 wirtschaftsstarke, westlich orientierte Länder. Neben Japan und Kanada nehmen USA, England und Frankreich teil, 3 Atomwaffenstaaten. Und Deutschland und Italien, die im Rahmen der Nuklearen Teilhabe in der Nato US-Atombomben stationiert haben. 20 Atombomben warten im Fliegerhorst Büchel in der Eifel auf ihren Einsatz. Eine davon reicht aus, um ein Flächenland wie Bayern unbewohnbar zu machen. Doch es gibt über 7000 Atombomben auf je russischer und amerikanischer Seite. Wahnsinn! Das Gleichgewicht des Schreckens ist eine menschenunwürdige Doktrin, denn sie nimmt die Vernichtung vieler Menschen billigend in Kauf.

Der offene Brief unserer Kampagne atomwaffenfrei.jetzt, fordert die Bundesregierung auf, den G7-Gipfel in Hiroshima zum Startpunkt neuer nuklearer Abrüstungsverhandlungen zu machen.

Bundeskanzler Scholz soll sich dafür stark machen, dass die G7 den Einsatz und die Androhung von Atomwaffen für unzulässig erklären. Die furchtbaren Konsequenzen für Mensch und Umwelt müssen anerkannt werden, die durch Tests und Einsätze von Atomwaffen entstehen. Zudem sollten die G7 darauf drängen, jede Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten zu beenden.

Hiroshima gibt uns weltweit die Möglichkeit, den Opfern des Atomzeitalters Gehör zu verschaffen und das Ende der nuklearen Bedrohung einzuleiten.

Wir betonen die Bedeutung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV), der 2021 in Kraft getreten ist und allen Mitgliedsstaaten den Besitz von Atomwaffen untersagt. Die deutsche Regierung ist bisher nicht bereit, ihn zu unterzeichnen, obwohl der deutsche Bundestag 2010 für den Abzug und die Zerstörung der Atombomben gestimmt hatte. Diese Entscheidung wurde nie umgesetzt.

Die Bundesregierung boykottiert den AVVertrag bis heute und beharrt auf der Stationierung der Atombomben in Büchel. Damit unterstützt sie die immer gefährlicher werdende Politik der Atomwaffenstaaten und stellt sich gegen die Mehrheit der Staaten und der eigenen Bevölkerung. Mehr als 2/3 aller Bundesbürger sind für den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und den Beitritt zum internationalen Atomwaffenverbot. Nun werden sogar 35 Kampffjets F35 für 12,5 Mrd € gekauft, damit deutsche Piloten sie abwerfen zu können. Dies wurde schon lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine geplant.

Bundeskanzler Scholz sagte vor seinem Abflug, die Stadt Hiroshima sei „ein Ort mit großer Symbolkraft, ein Mahnmal, dass wir eine Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt haben“. Zudem

würden Wege zur nuklearen Abrüstung auch Teil der Besprechungen der G7-Staats- und Regierungschefs sein. Dies sind bestenfalls Lippenbekenntnisse, die Entscheidungen der Regierung für „Modernisierung“ und nukleare Teilhabe sprechen eine andere Sprache. Unsere Regierung verhält sich höchst leichtsinnig. Einen Atomkrieg vorzubereiten ist gegen die Lebensinteressen der Menschen.

Nur zu Erinnerung: Am 6.8.1945 In Hiroshima starben SOFORT 45.000 Menschen. Innerhalb des Jahres starben in den beiden Städten 200.000 Menschen. Der Abwurf einer Atombombe bewirkt, dass Menschen regelrecht atomisiert, verbrannt, verstrahlt werden. Das Erbgut wird über Generationen geschädigt. Die Natur wird zerstört und ihrerseits zerstörerisch durch die freigesetzte Radioaktivität, die sich noch in hunderten von Jahren in Pflanzen und Tieren nachweisen läßt.

Nach dem Völkerrecht sind Atombomben illegal. Jetzt ist der AVV das zentrale völkerrechtliche Instrument, um das gemeinsame Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen. Wir fordern, dass unser Land diesem UN-Vertrag umgehend zustimmt und sich im Interesse seiner Bürger und der Menschen dieser Welt für Frieden und Völkerrecht einsetzt.

Im Ukrainekrieg geht derweil das Abschlachten weiter. Täglich werden 1000e junger Männer aus Russland und aus der Ukraine getötet. Die Zivilbevölkerung wird ebenso getroffen. Weiterhin werden mörderische Waffen angeliefert. Auch von unserer Regierung, die verbal unsere Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt betont und sich nach wie vor nicht „an vorderster Front“ für Friedensverhandlungen einsetzt. „Nie wieder Krieg“ war einst eine in unserem Land weit verbreitete Maxime.

Mit Waffen wird kein Frieden gemacht. Waffen töten.
Frieden rettet Leben.

So dreht sich die Eskalationsspirale weiter, auch die nukleare Eskalation. Russland will Atomraketen in Belarus stationieren, analog zur nuklearen Teilhabe der Natostaaten. Grossbritannien hat beschlossen, auf Wunsch der ukrainischen Regierung angereichertes Uranium zu liefern. Im Jugoslawienkrieg und im Irak war es im Einsatz. Es bewirkt langandauernde Gesundheitsschäden, Tumorerkrankungen und Fehlbildungen. Wie selbstzerstörerisch sind diese Handlungen!

Russland bewertet dies als nukleare Provokation. Gleichzeitig hält die NATO in Europa das bisher grösste Kampfjet-Manöver ab. Je länger der Krieg in der Ukraine andauert und je größer die Angst der russischen

Regierung vor einer militärischen Niederlage ist, desto höher ist das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen. Mit katastrophalen humanitären Folgen, die ganz Europa und sogar die ganze Welt betreffen könnten. Etwa 1.800 Atomwaffen von insgesamt 15.000 stehen zwischen Russland und den USA auf höchster Alarmstufe bereit und sind innerhalb von Minuten aktiviert.

Es gibt zahlreiche Beispiele für Fehlalarme in den Frühwarnsystemen, nicht nur aus dem Kalten Krieg, sondern auch aus den letzten Jahren. Informatiker aus aller Welt warnen vor einem Atomschlag aus Versehen. Da aufgrund der politischen Spannungen die Nerven blank liegen, kann jeder Fehlalarm einen Gegenschlag auslösen. Nicht umsonst steht die Doomsclock auf 70 sec vor Mitternacht.

Die Folgen bei jedem Einsatz: Millionen Tote, Schwerverwundete und Langzeitdahinsiehende, verseuchte Landschaften, atomarer Winter durch Verdunklung der Erdatmosphäre, Missernten, Hungersnöte. Derzeit modernisieren alle Atomwaffenstaaten ihre Nuklearwaffen. Damit schraubt sich die atomare Rüstungsspirale immer höher mit unermesslichen Kosten und Folgen für uns alle.

Das Atomwaffenverbot ist geltendes Völkerrecht. Der Vertrag untersagt den Besitz, die Stationierung und die Drohung mit Atomwaffen. Bisher haben die G7- Länder noch nicht unterzeichnet. Auch Japan stimmte trotz seines nationalen atomaren Traumas gegen den Vertrag. Die Politik der nuklearen Abschreckung wird noch immer als Garant des Friedens propagiert. Wir fordern unsere Regierung auf, die Kriegslogik zu verlassen und die Weichen zu stellen für eine friedliche Zukunft. Wir fordern Sie, die Menschen dieses Landes, auf, sich für eine atomwaffenfreie Welt und zivile Konfliktlösungen zu engagieren.